

# Per Fahrstuhl durch sämtliche Richtlinien

Von unserem Redaktionsmitglied  
Roger Scholl

Zwei simple Personenaufzüge, sie bringen Mitarbeiter und Besucher des Rathauses auf- und abwärts, sogar der OB steigt hier bisweilen ein auf seinem Weg nach oben. Seit einem Jahr schon will die Stadt die alten Lifte erneuern, doch über Monate hat sich an ihnen ein Streit festgefahren – eine Auseinandersetzung um die Ausschreibe-Praxis der Verwaltung. Karlheinz Lochbühler, dessen Firma sich gegen die Konkurrenz durchgesetzt und den Zuschlag bekommen hat, wirft der Stadt dabei unsinnigen Bürokratismus vor. Die zuständigen Stellen räumen zwar durchaus Schwachpunkte ein, rein rechtlich seien ihnen indes die Hände gebunden. Am Ende musste zweimal ausgeschrieben werden – und das Projekt „Fahrstuhlerneuerung“ kommt die Stadt jetzt mit rund 125 000 Euro satte 11 400 Euro teurer.

## „Platzhirsch“ will den Auftrag

Für den Mannheimer „Platzhirsch“ waren die beiden Aufzüge im Rathaus so etwas wie eine Frage der Ehre, man wollte unbedingt sein Firmenschild dort zeigen. Karlheinz Lochbühler: „Entsprechend attraktiv war unser Angebot, immerhin 35 000 Euro unter der zweitgünstigsten Offerte, wie sich zeigen sollte.“ Den Zuschlag gab es dennoch nicht – „Formfehler“ argumentierte die Verwaltung: Die Lochbühlers hatten ihrem Angebot ein Begleitschreiben zugefügt, in dem die Fahrstuhl-Experten gleich mehrere Verbesserungsvorschläge unterbreiteten und auch auf begriffliche Ungenauigkeiten im Leistungsverzeichnis der Stadt aufmerksam machten. So war etwa dort von „Ladestellen“ die Rede – bei den Profis die Bezeichnung von Lastenaufzügen. Lochbühler: „Bei Personenaufzügen spricht man korrekterweise von Schächtzugängen“.

Weil jedoch etwa dieses Begleitschreiben der Firma nicht als „Nebenangebot“ gekennzeichnet war, wie es den Vergaberichtlinien entspräche, hätte die gesamte Bewerbung des Unternehmens gestrichen

## Auftragsvergabe

■ Nach einem jahrelangen Streit zwischen der Wirtschaft und dem Land Baden-Württemberg dürfen Kommunen nun **Aufträge** im Baubereich im Wert von 20 000 statt wie vorher von 5 000 Euro **freihändig**, also ohne Ausschreibung, vergeben.

■ Die Auftragsvergabe ist auch Thema der von OB Dr. Kurz angeregten **Verwaltungsmodernisierung**. Ende 2009 will man mit konkreten Verbesserungen aufwarten. *scho*

werden müssen. Arno Sander von der Vergabestelle der Stadt: „Wir müssen uns auch formal an gesetzliche Vorgaben halten und dürfen nicht nach Gutsherrenart handeln“.

Doch das Angebot war günstig und die zusätzlichen Anmerkungen der Mannheimer Fahrstuhlprofis sinnvoll, und so entschloss sich denn die Stadt nach mehreren Gesprächen, bei denen beide Seiten auch Juristen hinzugezogen hatten, zu einem ungewöhnlichen Schritt: Die ursprüngliche Ausschreibung wurde aufgehoben, eine neue folgte. Den Zuschlag holten sich? Richtig, die Lochbühlers. Diesmal allerdings mit einem formal nicht beanstandeten – aber wegen des Mehraufwands um 11 400 Euro teureren Angebot. Karlheinz Lochbühler: „Absurd, aber allein die Ausarbeitung kostet uns schon über 4 000 Euro“.

Arno Sander räumt zwar „grobe Schwachpunkte“ in der ersten Ausschreibung der Verwaltung ein, auf die Lochbühler richtigerweise aufmerksam gemacht habe. Formalrechtlich habe man im konkreten Fall jedoch nicht anders handeln dürfen: „Die Vergabe muss transparent und rechtssicher sein, wir können nicht Angebote quasi zur Korrektur zurückschicken, sonst sind andere Mitbewerber benachteiligt.“

Ab Februar fahren nun also Mitarbeiter, Besucher und OB in neuen, 11 400 Euro teureren Lochbühler-Aufzügen durch die Geschosse des Rathauses. So richtig freuen kann sich in der Firma keiner darüber.